

Sperrfrist: 13. Juni – 19.00 Uhr

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

Vortrag am 13. Juni 2012 in Höchberg

„Öffentliche Theologie in ökumenischer Perspektive“

Öffentliche Theologie in ökumenischer Perspektive – so heißt der Titel meines heutigen Vortrags. Und dieser Titel passt zum Motto des Höchberger ökumenischen Kirchentags "gemeinsam unterwegs". Denn Sie sind seit langer Zeit hier ökumenisch gemeinsam unterwegs mit dem alljährlichen Rätetreffen, mit gemeinsamen Kinderbibeltagen und Seniorenausflügen, mit ökumenischen Veranstaltungen der Erwachsenenbildung, mit den ökumenischen Schulgottesdiensten, den gemeinsamen Gemeindefesten und so mancher geschwisterlichen Hilfestellung. Sie haben auch hier vor Ort in den großen politischen Fragen erlebt, dass die Kirchen sich den damit verbundenen ethischen Herausforderungen nur gemeinsam stellen können, ob es um den Umgang mit Flüchtlingen geht oder um die Herausforderung der sozialen Gerechtigkeit.

Öffentliche Theologie stellt sich diesen Herausforderungen, indem sie das christliche Zeugnis in den öffentlichen Diskurs einbringt. Wer heute einen Blick in eine beliebige Zeitung wirft, der stößt auf fast jeder Seite auf Themen, mit deren Tiefendimensionen ethische Fragen verbunden sind. Ob es um die biotechnologische Selektion von Leben im embryonalen Stadium geht oder um die Legitimität militärischer Gewaltanwendung in Afghanistan oder um die Frage, wer eigentlich die Kosten der Finanzkrise zu tragen hat: in jedem dieser Themen stecken ethische Orientierungskonflikte.

Wohin wollen wir als Gesellschaft gehen? Wollen wir eine Gesellschaft, in der *Menschen* darüber entscheiden, welches Leben leben darf und welches nicht? Oder sehen wir das Leben als Geschenk Gottes, über das wir nicht verfügen dürfen? Gilt die Menschenwürde von Beginn des Lebens an? Sehen wir militärische Gewaltanwendung als Mittel zur Lösung von Konflikten oder sehen wir darin immer eine moralische Niederlage, auch dann, wenn sie als letztes Mittel nicht mehr vermeidbar ist? Wollen wir eine Wirtschaft, in der die Stärksten, vielleicht auch die Rücksichtslosesten, sich durchsetzen oder wollen wir eine Wirtschaft, in der der Schutz der Schwachen und ihre gerechte Teilhabe einen zentralen Stellenwert einnehmen?

Gerade als Konsequenz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist die Bedeutung ethischer Fragen neu ins öffentliche Bewusstsein eingegangen. Das Zutrauen in die Funktionsfähigkeit der bisher von vielen für verlässlich gehaltenen wirtschaftlichen Mechanismen ist schwer erschüttert. Menschen haben in vielen Ländern der Welt innerhalb kürzester Zeit ihren Arbeitsplatz und manchmal ihre ganze materielle Existenz verloren. Gerade weil die Konsequenzen für viele so gravierend waren, hat ein öffentliches Nachdenken eingesetzt, in dem ethische Begriffe eine zuvor kaum gekannte Konjunktur gewonnen haben. Verschärft wird die Frage nach der Gerechtigkeit gestellt. Auch Begriffe, die den Bereich persönlicher Lebensführung betreffen, werden öffentlich diskutiert. Das Anprangern der Gier von Managern ist inzwischen so populär geworden, dass es den Weg selbst in die Reden von Politikern gefunden hat, die bisher nicht als Speerspitze der Kritik an kapitalistischem Gewinnstreben bekannt gewesen sind. Mehr denn je ist Ethik zur öffentlichen Frage geworden. Mehr denn je ist daher auch die Frage entstanden, woher

eigentlich Orientierung kommen kann in einer Gesellschaft, die sich als pluralistische Gesellschaft versteht und deswegen nicht mehr auf einen von vornherein allgemein akzeptierten moralischen Kompass zurückgreifen kann.

Da ist es einigermaßen bemerkenswert, dass es am Ende doch wieder die Kirchen waren, von denen Politik und Öffentlichkeit solche Orientierung erwartet und auch bekommen haben. Der Ruf nach einem Wort der Kirchen zur Wirtschafts- und Finanzkrise wurde nach dem Ausbruch der Krise 2008 immer deutlicher. Als ob es einen geheimen ökumenischen Plan für Deutschland gegeben habe, erschienen Anfang Juli 2009 innerhalb einer Woche sowohl das Wort des Rates der EKD zur Wirtschafts- und Finanzkrise als auch die Globalisierungszyklika des Papstes, deren Erscheinen sich unter dem Aktualisierungsdruck der Ereignisse an den Finanzmärkten immer wieder verzögert hatte. Die Öffentlichkeit sah in diesen beiden prominenten Kirchenworten zu Recht einen sich wechselseitig verstärkenden Impuls zur Umkehr von einer auf kurzfristigen Reichtum ausgerichteten und ökologisch destruktiven Ökonomie hin zu einer auf Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich ausgerichteten Wirtschaft.

In einem gerade in seinem selbstkritischen Tenor ausgesprochen bemerkenswerten Artikel in der Süddeutschen Zeitung würdigte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück den Impuls der Kirchen: „Für mich ist es gerade in diesen Zeiten sehr ermutigend, dass sich die großen christlichen Kirchen vergangene Woche beinahe zeitgleich sehr eindeutig positioniert haben. So fordert uns Papst Benedikt XVI. in seiner Sozialzyklika dazu auf, uns als Gestalter und nicht als Opfer der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen.“ Und nach einem Papstzitat fährt er fort: „Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ermutigt in seinem ‚Wort zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise‘ all jene, die Konsequenzen aus dem Geschehen ziehen wollen.“ Steinbrück zitiert dann das Ratswort und ein darin enthaltenes Zitat des ökumenischen Sozialworts von 1997 und fährt dann fort: „Ich hoffe, dass mit den klaren Einlassungen der Kirchen in unserer Gesellschaft der Konsens darüber wächst, dass dieselbe Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, uns nicht wieder aus der Krise herausführen kann... Wir brauchen deshalb eine Wertgemeinschaft in unserem Land, die den Menschen und das Gemeinwohl ins Zentrum ihres Denkens und Handelns stellt...“⁴¹

Steinbrücks Ausführungen zeigen eine Bereitschaft maßgeblicher Teile von Politik und Öffentlichkeit, auf die Stimme der Kirchen als Trägerinnen jahrtausendealten Orientierungswissens zu hören. Dies ist für die Kirchen eine Verpflichtung. Dieser Verpflichtung werden die Kirchen nur gerecht, wenn die konfessionellen Differenzen in der Interpretation der christlichen Überlieferungen nicht das gemeinsame öffentliche Zeugnis in den für die Menschheit so entscheidenden Zukunftsfragen verdunkeln. Ob es solche konfessionellen Differenzen überhaupt gibt bzw. wie weit sie gehen, darüber kann man sich streiten. Es spricht nach wie vor viel dafür, dass die Trennlinien in ethischen Positionen viel häufiger quer zu den jeweiligen Konfessionen verlaufen als entlang der konfessionellen Linien.

Es ist wichtig, dass die christlichen Kirchen, wenn es um Orientierung in den großen politischen Fragen geht, mit gemeinsamer Stimme sprechen. Öffentliche Theologie muss immer in ökumenische Perspektive entwickelt werden. Angesichts der massiven Herausforderungen unserer Zeit stehen die Kirchen in der Pflicht, klare Orientierungen zu geben. Das können sie am besten gemeinsam tun!

Die Frage ist, *wie* das notwendige gemeinsame Zeugnis entwickelt werden kann. Der klassische Weg für die Entwicklung öffentlicher Stellungnahmen der Kirchen sind die dafür vorgesehenen Kommissionen. Auf katholischer Seite ist es die Kommission VL der deutschen

Bischofskonferenz unter dem Vorsitz von Kardinal Marx, die solche Stellungnahmen vorbereitet. Auf evangelischer Seite ist es die Sozialkammer der EKD unter dem Vorsitz des Ökonomieprofessors Gustav Adolf Horn. Dass ich selbst als Theologe nur stellvertretender Vorsitzender bin, hat seinen guten Grund im evangelischen Kirchenverständnis, nach dem Kirchenleitung Aufgabe nicht nur der Theologen, sondern aller Gläubigen ist. In diesen Kommissionen werden unter Hinzuziehung von Experten zu bestimmten gesellschaftlichen Themen Stellungnahmen erarbeitet, die dann vom Rat der EKD bzw. der deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht werden. Immer wieder werden solche Stellungnahmen ökumenisch abgestimmt und gemeinsam veröffentlicht, so etwa die gestern veröffentlichte Stellungnahme des Rats der EKD und der deutschen Bischofskonferenz zur globalen Regierungskonferenz Rio +20 am 20.-22. Juni in Brasilien, an der ich selbst als Mitglied der deutschen Regierungsdelegation teilnehmen werde.

Die Frage ist, mit welcher Vollmacht und mit welcher Verbindlichkeit solche Erklärungen verabschiedet werden. Hier sind die Akzente zwischen den Konfessionen tatsächlich unterschiedlich. Die katholische Seite verwurzelt diese Vollmacht letztlich im katholischen Lehramt, das dem Papst und den Bischöfen zukommt. Die Evangelische Seite verwurzelt diese Vollmacht im synodalen Prinzip, also im Priestertum aller Gläubigen. Der Rat der EKD wird von der EKD-Synode gewählt. Er beschließt auch über die Zusammensetzung der Sozialkammer.

Aber auch für die Interpretation des katholischen Lehramts gilt: Verbindlichkeit gründet sich nicht in isolierten Aussagen von Menschen, etwa des Papstes, die in der katholischen Kirche die Definitionsmacht für sich beanspruchen. Verbindlichkeit gründet vielmehr in einem kommunikativen Prozess aller Gläubigen. Dabei müssen die Ressourcen aus allen christlichen Konfessionen genutzt werden. Deswegen kann ich auch als Protestant sagen, dass ich die katholische Soziallehre als einen Schatz für die Ökumene sehe, nicht, weil ich Aussagen irgendeiner besondere Autorität zubilligen würde, nur weil sie vom Papst selbst gemacht werden. Sondern ich sage das, weil diese katholische Soziallehre vielen bedrängten Menschen in der Geschichte Rückendeckung gegeben hat. Ich sage das, weil sie der Herrschaft der Ökonomie die unverletzliche Würde des einzelnen Menschen gegenübergestellt hat. Ich sage das, weil sie die vorrangige Option für die Armen als Korrektiv zu einem ökonomischen Kult der Starken immer wieder bekräftigt hat.

Das alles sind Inhalte, die überall auf der Welt durch viele Diskussionen, vor allem aber durch das Engagement zahlloser Christinnen und Christen evangelischer, katholischer und orthodoxer Tradition zu wesentlichen Bestandteilen ökumenischer Soziallehre geworden sind. Sie haben in den veröffentlichten Stellungnahmen der Kirchenleitungen Niederschlag gefunden. Sie haben aber ihre Verbindlichkeit vor allem als „ökumenische Soziallehre von unten“ bekommen.

Das bekannteste Dokument einer solchen ökumenischen Soziallehre von unten ist nach wie vor das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997, das in das allgemeine Bewusstsein als "das Sozialwort" eingegangen ist. 1994 bis 1997 wurde es von den beiden großen Kirchen in Deutschland in ökumenischer Zusammenarbeit erarbeitet. Erstmals wurde ein kirchliches Dokument nicht von den in der Regel dafür zuständigen Expertengremien erstellt, sondern in einem breit angelegten Prozess der Diskussion und Revision, der alle Ebenen von Kirche und Öffentlichkeit umfasste: im kirchlichen Bereich von den Gemeinden über die kirchlichen Werke und Dienste bis hin zu den Leitungsebenen, im außerkirchlichen Bereich von den politischen Parteien, etwa in den Debatten des deutschen Bundestages, über Gewerkschaften und Unternehmerverbände bis hin zu den Institutionen von Bildung und Wissenschaft. Die Beteiligung übertraf alle

Erwartungen. 4000 Veranstaltungen wurden zu dem ersten Entwurf abgehalten, die Tausenden von Eingaben, umfassten 30 000 Textseiten, die von etwa 10 000 Verfasserinnen und Verfassern erstellt wurden. Die erste Auflage des Entwurfs von 400 000 war bald vergriffen, er wurde im Übrigen auch ins Englische, Französische, Spanische und Italienische übersetzt.

Seit mehreren Jahren kommt aus der Mitte der Gesellschaft in Deutschland die Forderung nach einem neuen ökumenischen Sozialwort. Die Gewerkschaften haben sich ebenso dafür ausgesprochen wie der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, aber auch viele Gruppen aus dem innerkirchlichen Bereich. Natürlich sind die Erwartungen an ein solches Sozialwort höchst unterschiedlich. Die Aufgabe ähnelt der Quadratur des Kreises. Und man wird den großen Erfolg des Sozialworts von 1997 nur schwer wiederholen und dieses Wort und seinen Prozess nicht einfach kopieren können. Gleichzeitig gibt es gute Gründe für die These, dass die Gesellschaft in Deutschland dringend ein Wort der Orientierung braucht.

Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, dass sich seit letztem Jahr im Auftrag des Rats der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz eine kleine Arbeitsgruppe, der ich selbst auch angehöre, unter dem Stichwort „Sozialinitiative“ bereits damit beschäftigt. Ich habe die Hoffnung, dass im kommenden Jahr gemeinsame ökumenische Thesen vorgelegt werden können, die dann Grundlage eines öffentlichen Diskussionsprozesses sein können, wie auch immer der aussehen wird.

Ich will anhand von acht Thesen deutlich machen, welche Inhalte aus meiner Sicht gegenwärtig am dringlichsten sind.

Ich gehe dabei so vor, dass ich erst eine These voranstelle, die auf einem Bibelwort basiert und dieses dann ausführe.

1. Das Geld darf kein Selbstzweck sein. Es muss wieder dienende Funktion bekommen.

Niemand kann zwei Herren dienen: entweder er wird den einen hassen und den andern lieben... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon. (Mt 6,24)

Das Thema „Geld“ hat wie kaum ein anderes in den vergangenen Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt. Seitdem im Herbst 2008 die Krise in der Wirtschaft und auf dem Finanzmarkt ausbrach, wird zur Rettung der Märkte über ungeheure, im wahrsten Sinn des Wortes unvorstellbare Summen verhandelt. Das Thema „Geld“ ist Teil der Lösung, wenn es darum geht, die Folgen der Krise zu bewältigen. Gleichzeitig ist es aber auch Teil des Problems. Denn die Krise wurzelt auch in einem bestimmten Umgang mit Geld. Wir müssen sehen, dass das Streben nach schnellem Reichtum und die Bereitschaft, dafür unkalkulierbare Risiken zu übernehmen, wesentliche Ursache für den Zusammenbruch der Finanzmärkte waren. Das zeigt: Eine Gesellschaft wird krank, wenn Geld zum Selbstzweck wird.

Die erfolgreiche Umorientierung der Wirtschaft wird davon abhängen, ob wir es schaffen, Geld den Stellenwert zu geben, der angemessen ist: nämlich eine eindeutig *dienende* Funktion. Geld dient der Realwirtschaft und ermöglicht Menschen das Leben – und zwar *allen* Menschen. Wenn der Gedanke in der Finanzwirtschaft verloren geht, dass Geld den Menschen dienen muss, verliert sie ihre Legitimation.

2. Soziale Gerechtigkeit muss wieder zum Kernelement unserer Wirtschaft werden.

„Hat dein Vater nicht auch gegessen und getrunken und hielt dennoch auf Recht und Gerechtigkeit, und es ging ihm gut? Er half dem Elenden und Armen zum Recht, und es ging ihm gut. Heißt dies nicht, mich recht zu erkennen? spricht der Herr“. (Jer 22,15-16)

Wer von Gerechtigkeit redet, verwendet damit weder eine politische Phrase, noch darf die Rede von Gerechtigkeit einfach als schlecht verhüllter Neid abgetan werden. Gerechtigkeit ist auch kein beliebiger Begriff. Es handelt sich um einen zentralen Begriff unserer durch die biblische Überlieferung geprägten Kultur. Gotteserkenntnis und das Engagement für Gerechtigkeit gehören unabdingbar zusammen. Diese Erkenntnis hat sich in den kirchlichen Stellungnahmen zu sozialen Fragen inzwischen durchgesetzt. Die „vorrangige Option für die Armen“ ist wesentliches Merkmal im Verständnis von Gerechtigkeit. Wer politische Maßnahmen ethisch beurteilt, wird sie auch daran messen, welche Auswirkungen sie auf die Schwächsten haben. Wer von der Option für die Armen redet, meint damit nicht nur deren materielle Unterstützung, sondern viel mehr: Der Wohlstand muss so verteilt sein, dass er sich auch vor den schwächsten Gliedern rechtfertigen lässt, und alle Menschen müssen befähigt werden, an den wirtschaftlichen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft teilzuhaben. Das ist gerechte Teilhabe und darin erfüllt sich auch die Option für die Armen.

Auf diesem Hintergrund sind die Entwicklungen in Deutschland besorgniserregend. Wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung feststellt, hat sich die Schere bei den Einkommen in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten so weit geöffnet wie in kaum einem anderen OECD-Mitgliedsland. Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist eine derartiges Auseinanderdriften gefährlich, so das Fazit der Bertelsmann-Stiftung (Bertelsmann-Stiftung, Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?, S.7).

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik entscheidet sich daran, ob sie auch die schwächsten Glieder einer Gesellschaft erreicht. Schon deswegen muss es im Zentrum politischen Handelns stehen, soziale Teilhabe für alle Menschen in Deutschland und darüber hinaus zu ermöglichen. Wenn eine Gruppe von Menschen vom Rest der Gesellschaft abgehängt wird, hat das nicht nur negative ökonomische Konsequenzen für Wirtschaft und Sozialsysteme, sondern es ist auch ethisch nicht zu verantworten.

3. Der ökologische Umbau der Wirtschaft muss Priorität bekommen

„Und Gott, der HERR, nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, ihn zu bebauen und ihn zu bewahren.“ (Gen 2,15)

Wie gehen wir mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen um? In dieser drängenden Frage stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen, die endlich erkannt werden müssen. Der jüngste Bericht an den Club of Rome (2012) hat dies noch einmal nachdrücklich unterstrichen. Der WWF stellt in seinem diesjährigen Bericht fest: Wenn wir unseren gegenwärtigen Lebensstil so weiterpflegen, brauchen wir im Jahr 2030 eine weitere Erde. Die haben wir aber nicht. Eine Politik, die sich jetzt nicht prinzipiell umorientiert oder sich gar notwendigen Veränderungen gegenüber verschließt, ist deswegen verantwortungslos. Ein Wirtschaftswunder, aber ein ökologisches Wirtschaftswunder – das brauchen wir jetzt in Deutschland. Maßstab für alle politischen Entscheidungen, die Zukunft betreffen, muss sein: Tragen sie zu einer Wirtschaft bei, die jedem Menschen einen gleichen Anteil an den natürlichen Ressourcen ermöglicht und in gleicher Weise die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt.

Der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz haben in ihrer gestern veröffentlichten Erklärung zu Rio plus 20 festgestellt:

„Für uns Christen geht es bei Fragen von Umwelt und Entwicklung immer zugleich um den Menschen als Gottes Ebenbild und um die Bewahrung der uns von Gott anvertrauten Schöpfung. Die ethischen Grundlagen des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung finden im Schöpfungsglauben sowie in der biblischen Vision der Gerechtigkeit eine tiefe Verankerung. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erwarten daher, dass auch die diesjährige Rio-Konferenz am Prinzip der Nachhaltigkeit anknüpft. Für eine zukunftsgerechte Gesellschaftsgestaltung müssen ökonomische Prozesse sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden.“

Ökologie und Gerechtigkeit wird eng miteinander verbunden:

„Umweltschutz auf der einen und Armutsbekämpfung sowie soziale Gerechtigkeit auf der anderen Seite müssen ... die Leitplanken für eine nachhaltige Wirtschaft bilden. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft gründet auf Wertentscheidungen der Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und an sozialen und ökologischen Zielvorstellungen orientieren. Ohne einen solchen politischen Ordnungsrahmen greift auch das Konzept einer „grünen Wirtschaft“ zu kurz.“

Und es wird ausdrücklich auf die Konsequenzen für den persönlichen Lebensstil verweisen:

„Unsere Verantwortung für die Schöpfung und für unsere Nächsten ruft uns selbst zu einer Umkehr in unserem Denken und Handeln und zur Abkehr von alten Lebensmustern. Nachdrücklich begrüßen wir die vielen Initiativen in unseren Gemeinden und Einrichtungen, die sich für einen nachhaltigen Lebensstil z. B. im Bereich Energie, Mobilität, Ernährung, Konsum und in anderen Bereichen einsetzen. Diese Initiativen tragen dazu bei, dass wir selbst glaubwürdiger in unseren Forderungen an die Politik werden. Unser Glaube hilft uns, „gut leben“ und „viel haben“ zu unterscheiden und uns in eine „Ethik des Genug“ und in eine „Tugend des Maßhaltens“ einzuüben. Wir sind überzeugt: Ohne einen nachhaltigen Lebensstil werden wir nicht zu der nötigen Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können.“

Das Eintreten für Nachhaltigkeit hat auch für unsere gegenwärtige Diskussion in Deutschland und in Bayern konkrete Konsequenzen. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie hier in Deutschland war richtig. Es ist unverantwortlich, den eigenen Lebensstil darauf zu gründen, dass Menschen noch in Tausenden von Jahren mit dem daraus resultierenden Abfall und mit allen seinen Gefahren umzugehen haben. Umso wichtiger ist es, dass die damit verbundene Energiewende auch wirklich gelingt. Wir haben jetzt die Chance, der Welt zu zeigen, dass ein hoch industrialisiertes Land in der Lage ist, seine Wirtschaft auf eine Energieform umzustellen, die sich mit der Bewahrung der Natur vereinbaren lässt. Unser ökologischer Ehrgeiz darf keine Grenzen haben. Die besten Ingenieure und die am besten qualifizierten Forscherinnen müssen auf das Gelingen dieser Energiewende angesetzt werden. Und wir als die Menschen in diesem Land müssen sie auch innerlich mitvollziehen. Wer viele Jahre lang den ökologischen Umbau der Wirtschaft gefordert hat, kann die Politikerinnen und Politiker jetzt nicht allein lassen, wenn es um die Umsetzung geht. Windräder sind Ausdruck einer neuen, einer ökologischen Lebenskultur. Sie dürfen daher nicht pauschal als Faktoren der Zerstörung unserer Kulturlandschaft bezeichnet werden. Sie können auch als Teil einer *neuen ökologischen* Kulturlandschaft verstanden werden. Kleinere technische Lösungen sind immer besser, wenn sie dann auch wirklich funktionieren. Und die allerbeste Lösung ist die Nutzung aller Möglichkeiten, Energie zu sparen. Es wäre unverantwortlich, auf die massive Förderung regenerativer Energien zur Erzeugung der auch dann noch notwendigen Energiemenge jetzt aber zu verzichten. Radioaktiver Abfall und Kohlendioxidausstoß beeinträchtigen nicht das Landschaftsbild. Ihre zerstörerische Wirkung

ist unsichtbar. Aber sie ist umso destruktiver. Wir Christen Menschen sollten daher in der ersten Reihe stehen, wenn es um die Umsetzung der Vision einer Wirtschaft geht, die mit der Bewahrung der Natur verträglich ist und die damit den Charakter der Natur als Schöpfung Gottes auch wirklich ernst nimmt.

4. Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit müssen aufeinander bezogen werden, um die Zukunftsprobleme zu lösen

»Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst« (Lk 10,27).

Das biblische Gebot der Nächstenliebe zeigt, wie Menschen in Würde und ohne vermeidbare Not leben können. Es gilt auch für das Generationenverhältnis. Die demographischen Veränderungen, das zeichnet sich bereits deutlich ab, werden unsere Gesellschaft in Zukunft stark herausfordern. Immer mehr Menschen werden immer älter – auch dank des medizinischen Fortschritts. Gleichzeitig ist die Geburtenrate rückläufig. Dies bedeutet, dass die gegenwärtigen Sozialsysteme sich verändern werden müssen. Panikmache ist hier aber weder angezeigt, noch hilft sie uns weiter. Angstmachende Prognosen werden häufig dazu missbraucht, die Absenkung sozialer Standards zu rechtfertigen und spielen die Generationen gegeneinander aus.

Es ist davon auszugehen, dass die Produktivität in der Zukunft fortschreitet und deswegen auch mit weniger arbeitenden Menschen ein hohes Maß an Wohlstand gehalten werden kann. Allerdings muss sich die Gesellschaft grundsätzlich darüber Gedanken machen, wie viel Arbeitszeit sie dafür einsetzen will, um ein bestimmtes Maß an Wohlstand zu erreichen. Es kann auch die Antwort sein: Lieber mehr Zeitwohlsand als materieller Wohlstand. Es spricht nichts gegen ein flexibles Ruhestandsalter, die den Belastungen eines Arbeitslebens Rechnung trägt.

Neben der Frage, in welchem Verhältnis Arbeitszeit bzw. Arbeitsleistung zu materiellem Wohlstand stehen sollen, stellt sich wiederum die Verteilungsfrage. Das private Vermögen, das von Eltern an ihre Kinder vererbt wird, war noch nie so groß wie heute. Es ist bei näherem Hinsehen einfach nicht richtig, pauschal zu sagen, dass heute ältere Menschen auf Kosten der jüngeren Generation leben. Wer in den Genuss vererbten Wohlstandes kommt, hat materiell die besten Zukunftsaussichten. Wer hingegen von schlecht bezahlter Arbeit leben muss oder aus anderen Gründen keine private Vorsorge treffen kann, bei dem ist die Wahrscheinlichkeit groß, auch im Alter arm zu sein. Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit muss neu gefragt werden, wie Einkommen und Vermögen in Deutschland verteilt werden. Auch im Umgang mit persönlichem Besitz schenkt der christliche Glaube besondere Freiheit. Wenn wir dieses Glaubenswissen aktivieren, könnte dies Solidarität über die Generationen hinweg bewirken und auch die Angst vor einer höheren Erbschaftssteuer nehmen.

Hohe Staatsschulden sind deswegen problematisch, weil die Steuerzahler die Zinslast mit einem immer höheren Anteil ihrer Steuerzahlungen die Zinsen früherer Aufwendungen begleichen müssen. Nur Menschen mit großen Vermögen, von denen wiederum der Staat sich Geld leiht, profitieren von den durch den Staat zu zahlenden Zinsen. Auch diese Frage muss bei der Debatte um Staatsschulden mit bedacht werden. Die Höhe der Staatsschulden werden wir vor den kommenden Generationen zu rechtfertigen haben. Eine Rolle wird dabei spielen, wofür das Geld ausgegeben wurde, ob nur für kurzfristigen Konsum oder für wirklich nachhaltige Investitionen, die auch im Interesse zukünftiger Generationen liegen, wie beispielsweise gute Bildung oder den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Ethisch schwer

denkbar ist allerdings, dass die Schulden auf Kosten der sozial Schwachen oder notwendiger Zukunftsinvestitionen abgebaut werden.

5. Die Eurokrise kann nur gelöst werden, wenn in Europa und der Welt insgesamt Bereitschaft zur Solidarität und Anreiz zur Eigeninitiative sinnvoll aufeinander bezogen werden.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben“

Unsere Welt ist zutiefst widersprüchlich. Jeden Tag sterben 25 000 Menschen, weil die – durchaus vorhandenen – medizinischen Ressourcen und Nahrungsmittel so zu verteilen, dass alle Menschen in Würde leben können. Das ist wirklich skandalös. Natürlich ist es nicht einfach, die notwendige Neugestaltung der Weltwirtschaft voranzubringen. Aber selbst dann muss uns doch bewusst sein, wie zutiefst unvernünftig und unnormal der jetzige Zustand ist und dass es tatsächlich erforderlich ist, mit aller Deutlichkeit Veränderungen zu fordern.

Wenn etwas verändert werden soll, kann und muss Europa in diesem Prozess eine entscheidende Rolle einnehmen. In Europa sind Wirtschaftstraditionen gewachsen, die im sozialen Ausgleich keine Zusatzaufgabe sehen, sondern ihn in den wirtschaftlichen Prozess einbauen. Das kann eine Hilfe sein, eine globale Wirtschaft zu entwickeln, die auf den Säulen wirtschaftlicher Wohlstand, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit aufbaut. Es ist keine Lösung, die Eurokrise dadurch bewältigen zu wollen, indem die Länder, die von ihr am meisten betroffen sind, einfach fallengelassen werden. Sinnvoll ist dies schon aus eigenem Interesse, mehr noch aber aus einer ethisch geforderten Haltung der Solidarität insbesondere mit den Schwächeren in den betroffenen Länder. Deswegen müssen Strategien zur Bewältigung entwickelt werden, die einerseits falsche Anreize vermeiden und andererseits eine Perspektive für die gefährdeten Ländern bieten. Schon die dankbare Erinnerung an die Solidarität anderer, die das Wirtschaftswunder in Deutschland ermöglicht hat, legt diesen Weg nahe.

Wer möchte, dass Menschen hier bereit zur Solidarität sind, muss aber sicherstellen, dass diese tatsächlich den Schwachen zugute kommt und nicht diejenigen aus der Verantwortung stehlen können, die mit ihren Spekulationsgewinnen maßgebliche Verursacher der Krise waren. Die Finanztransaktionssteuer ist ein Schritt in diese Richtung und darf auch in ihrer symbolischen Wirkung auf die gesellschaftliche Solidaritätsbereitschaft nicht unterschätzt werden.

6. Wohlstand muss neu definiert werden – vom materiellen Wohlstand hin zum Beziehungswohlstand

Ich bin gekommen, damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen. (Joh 10,10).

Unsere Gesellschaft ist atemlos. Immer mehr Studien zeigen, wie psychische Erkrankungen bis hin zum Burn-Out zunehmen. In den letzten Jahrzehnten hat durch Rationalisierung und Ökonomisierung der materielle Wohlstand für die meisten Menschen in Deutschland erheblich zugenommen. Trotzdem sind die Menschen nicht erkennbar zufriedener mit ihrem Leben geworden. Deswegen müssen wir heute fragen, ob das gesellschaftliche Ziel der Steigerung des materiellen Wohlstandes, der letzten Jahrzehnten, nicht an die zweite Stelle zu treten hat. An erster Stelle sollte die Steigerung des Beziehungswohlstandes treten. Das bedeutet, die Gemeinschaft unter Menschen ebenso zu fördern wie eine Beziehung zur Natur, die deren Fülle als Quelle der Kraft und Inspiration für den Menschen begreift, anstatt sie in erster Linie Wohlstandsinteressen nachzuordnen.

Fülle besteht nicht aus materiellem Wohlstand – das weiß der christliche Glaube. Ziel ist eine Gesellschaft, an der alle gerecht teilhaben können. Eine Gesellschaft ist im Übrigen umso zufriedener, je begrenzter die Ungleichheit ist. Dies ist unabhängig von der absoluten Höhe des materiellen Wohlstandes – das zeigen neue empirische Untersuchungen (Wilkinson/Pickett: Gleichheit ist Glück). Lediglich die Ärmsten macht ein Zuwachs an materiellen Ressourcen auch zufriedener mit ihrem Leben. Selbst das reichste Drittel der Gesellschaft ist dort zufriedener, wo der soziale Ausgleich besonders entwickelt ist. Damit bestätigt sich das biblische Orientierungswissen, wonach sich der Wohlstand einer Gesellschaft am Schicksal ihrer schwächsten Glieder misst.

Ich halte es für eine der zentralen Aufgaben in der Zukunft in Deutschland und auch weltweit, diese Einsicht in die politische Realität umzusetzen.

7. Ob wir in Zukunft friedlich zusammenleben, entscheidet sich daran, ob wir auch im Umgang mit anderen Kulturen die Menschenrechte achten

„Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, dieweil ihr auch seid Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2.Mose 23,9).

Die beiden Kirchen haben in ihrem gemeinsamen Wort zu Migration und Flucht „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist“ (1997) festgestellt: „Aufbruch, Auswanderung, Migration, Flucht und Fremde sind nicht vorübergehende Phänomene unserer Zeit, sondern sind und bleiben Grundgegebenheiten des Lebens in dieser Welt. Sie dürfen nicht einseitig negativ gesehen werden. Migration bedeutet auch Begegnung mit anderen Menschen, mit anderen Sprachen und Kulturen. Sie bedeutet auch Erweiterung des Horizontes und Ergänzung. Daraus erwachsen neue Chancen für Wachstum und Reifen.“ (130)

Eine Integration, die die Entwicklung von unverbunden nebeneinander stehenden Parallelgesellschaften vermeiden will, darf aber keine bloße Assimilation bedeuten, sondern impliziert eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders, in der sich Mehrheits- und Minderheitskulturen begegnen und wechselseitig respektieren. Da Integration keine Einbahnstraße ist, hat ein plausibles Integrationsmodell eine Integrationsbereitschaft der Zuwandernden aktiv einzufordern, aber auch effiziente Integrationsangebote des Aufnahmelandes zu initiieren und die Bereitschaft zum Dialog in der Bevölkerung zu verstärken.

8. Eine Gesellschaft, die von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung geprägt ist, wird eine glücklichere Gesellschaft sein

„Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! ... Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des HERRN wird deinen Zug beschließen... Und es soll durch dich wieder aufgebaut werden, was lange wüst gelegen hat, und du wirst wieder aufrichten, was vorzeiten gegründet ward“ (Jes 58,7-12).

Die wissenschaftlichen Prognosen zum Klimawandel und zu anderen ökologischen Herausforderungen sind bedrückend. Sie einfach beiseite zu schieben, wäre eine letztlich nihilistische Haltung, weil somit der Zerstörung und dem damit verbundenen Leid kein Einhalt mehr geboten wäre. Für Christinnen und Christen ist es auch keine Option, einfach zu

resignieren. Denn der christliche Glaube vertraut darauf, dass Gott uns begleitet, auch wenn unser persönliches und gesellschaftliches Leben schwierig ist. Wir wissen, was zu tun ist. Welchen Erfolg unser Handeln hat, dürfen wir getrost in Gottes Hand legen. Aber handeln müssen wir. Deswegen will ich mit einem Wort Dietrich Bonhoeffers schließen, dass diesen Gedanken schön zum Ausdruck bringt: „Wenn morgen der jüngste Tag anbricht, dann wollen wir gerne die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen. Vorher aber nicht!“

ⁱ Süddeutsche Zeitung 18.7.2009.